

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Gütersloh, Moltkestr. 56, 33330 Gütersloh

An die Vorsitzende des Hauptausschusses  
Frau Maria Unger  
Rathaus – Berliner Str. 70

33330 Gütersloh

Heiner Kollmeyer  
Moltkestr. 56  
33330 Gütersloh  
Tel. 0 52 41 – 9 17 09 45  
Fax 0 52 41 – 9 17 09 10  
fraktion-rat@cdu-guetersloh.de  
www.cdu-guetersloh.de

13.10.2015

Sehr geehrte Frau Unger,

aktuell erleben wir in Deutschland insgesamt und auch in der Stadt Gütersloh eine große Willkommenskultur und Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen aus aller Welt. Dabei erfolgt die Unterbringung und Betreuung in Gütersloh in einer sehr ruhigen und unaufgeregten Art, die an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich positiv zu erwähnen ist. Die vielen auch ehrenamtlichen Helfer tragen dazu einen nicht unerheblichen Anteil, der ein weiteres Mal verdeutlicht, wie wichtig ehrenamtliche Tätigkeit für eine funktionierende Gesellschaft ist. Die aktuellen Flüchtlingsströme bedeuten große gesellschaftliche Herausforderungen und bringen die Umsetzung von Maßnahmen mit sich, denen wir uns ebenfalls stellen müssen: bedürftigen Menschen eine sichere Heimat zu bieten, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren, aber auch abgelehnte Asylbewerber konsequent in ihre Heimat zurückzuschicken. Dies führt zu Entlastung in den Notunterkünften und trägt auch dazu bei, die vielen Helfer nicht mit Personen über Gebühr zu belasten, die sich „illegal“ in Deutschland aufhalten.

Bezugnehmend auf den Presseartikel in der Neuen Westfälischen vom 10./11. Oktober zum Thema „Unterschiede beim Abschieben“ bittet die CDU-Fraktion die Stadtverwaltung um Beantwortung der nachfolgenden Fragen im Hauptausschuss am 19. Oktober 2015:

1. Wie viele Asylbewerber leben in der Stadt Gütersloh ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung?
2. Wie lassen sich die deutlich abweichenden Zahlen der Abschiebung von Flüchtlingen im Kreis und in der Stadt Gütersloh begründen?
3. Was muss getan werden, um die Vollzugshemmnisse und damit die Ausreisepflicht durchzusetzen?
4. Welche Belastung im kommunalen Haushalt stellen die Personen dar, die über keine gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland verfügen?
5. Wie können der Kreis und die Stadt Gütersloh in dieser Thematik stärker zusammenarbeiten?

Mit freundlichen Grüßen

*Ina Laukötter*Ina Laukötter  
-Sprecherin im Ausschuss Soziales, Familien u. Senioren-